

Geschäftsbericht des Vorstands LAGEBERICHT 2007

Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Das Geschäftsjahr 2007 war durch eine beachtliche Steigerung der Weltproduktion um 3,7 % geprägt. Trotz steigender Rohstoffpreise blieb der Konjunkturverlauf positiv und robust. Die Zahl der Arbeitslosen entwickelte sich rückläufig. Die Zinsen blieben niedrig. Der deutsche Immobilienmarkt zeigte keine großen Veränderungen.

In Amerika führten nachgebende Immobilienpreise zu einer Abschwächung der dortigen Konjunktur und zum Aufkeimen der „Subprime-Krise“. Der Dax schloss Ende 2006 bei 6.596 Punkten und stieg bis Jahresende 2007 auf 8.067 Punkte.

Allgemeine Lage

Unsere Gesellschaft hat durch den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2007 in Höhe von € 198.038,99 die Eigenmittel auf € 1.665.261,56 gesteigert. Entsprechend reduzierte sich der Bilanzverlust von € 364.567,04 auf € 166.528,05. Der verbleibende Verlustvortrag soll mit geplanten Gewinnen des Geschäftsjahres 2008 verrechnet werden.

Steigende Mieterträge in 2007 und noch mehr in 2008 haben eine sicherere Ertragsprognose als Gewinne aus Börsentransaktionen indiziert. Die Mieterträge aus unserem Objekt in Mönchengladbach umfassten noch kein volles Rechnungsjahr (10 Monate).

Die Lage unserer Beteiligung, der N.V. Beheer v/h Philips Tabak, hat sich sehr gebessert. In voller Höhe einzelwertberichtigte Forderungen unserer Gesellschaft gegen die N.V. Beheer v/h Philips Tabak wurden im Geschäftsjahr 2007 teilweise bezahlt und die verbliebenen Forderungen werden nach dem Verkauf des Objektes in Maastricht gänzlich beglichen werden. Deshalb wurden die Einzelwertberichtigungen aufgelöst. Diesem positiven Vorgang standen jedoch beachtliche Wertpapierabschreibungen gegenüber. Wir verbuchen alle Aktien nach dem Niederstwertprinzip.

Vermögenslage

Die Vermögenslage unserer Gesellschaft hat sich weiter verbessert. Die Eigenmittel stiegen auf € 1.665.261,56. Durch in den folgenden Geschäftsjahren geplante Gewinne sollen die Eigenmittel auf über € 2 Mio. steigen.

Im Wesentlichen bedingt durch den Grundstückskauf in Mönchengladbach (€ 3.968.085,35) stieg die Bilanzsumme auf € 6.587.839,25 an. Die Eigenmittel betragen jetzt 25,3 % an der Bilanzsumme.

Für die Grundstücksfinanzierung des Objektes Mönchengladbach wurde ein Kredit aufgenommen, der durch eine erstrangige Grundschuld gesichert ist. Die Verzinsung beträgt 5,15 % und die jährliche Tilgung wurde mit 3,5 % vereinbart.

In Mönchengladbach erzielen wir vertragsmäßig jährliche Mieteinnahmen von ca. € 500.000,00. Diesen Einnahmen stehen geringere Aufwendungen für Zinsen, Reparaturen, Grundsteuern, Versicherungsgebühren und andere Aufwendungen gegenüber.

Die Grundstücke in Bielefeld und Bremerhaven-Langen sind ebenfalls langfristig finanziert. Die Zinssätze liegen bei diesen Objekten bei 5,25 % und 5,35 %.

Bielefeld ist an einen Generalmieter vermietet und in Bremerhaven-Langen steht eine Wohnung nach Renovierung zur Vermietung an. Alle dortigen Gewerbeflächen konnten vermietet werden.

Finanzlage

Die Finanzlage unserer Gesellschaft ist weiterhin geordnet. Die Grundstücksobjekte sind langfristig gesichert. Es stehen ausreichende Kreditlinien zur Verfügung.

Mit den Banken besteht eine langfristige vertrauliche Zusammenarbeit, die durch regelmäßige Informationen untermauert wurde.

Die Liquidität war stets ausreichend. Unser langfristig geplantes Engagement an der H&R WASAG AG konnten wir halten. Nach einem stärkeren Umsatzrückgang, erholt sich der Aktienkurs wieder von den Tiefstnotierungen. Da die H&R WASAG Aktionäre eine auf € 0,80 erhöhte Dividende erhalten, können wir zuversichtlich sein, dass wir mittelfristig einen über den Zinsaufwand liegenden Ertrag aus dem Engagement erwirtschaften.

Ertragslage

Die Ertragslage unseres Unternehmens war positiv. Hohe Abschreibungen auf Wertpapierbestände haben ein höheres Ergebnis verhindert. Durch Tilgungen lebten voll abgeschriebene Forderungen wieder auf. Die ehemals einzelwertberichtigten Forderungen sind durch die günstige Geschäftsentwicklung wieder als voll werthaltig anzusehen.

Die Ertragslage unserer Gesellschaft wird in Zukunft weniger von Wertpapiererträgen geprägt sein, sondern vielmehr unter dem Einfluss steigender Mieterträge stehen. Die Mieterträge lagen im Geschäftsjahr 2007 bei über € 0,5 Mio.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung sowie Risikomanagement

Der Vorstand der Gesellschaft befasst sich entsprechend den gesetzlichen Vorgaben des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) intensiv mit Risiken der zukünftigen Entwicklung. Er hat geeignete Maßnahmen getroffen, um Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden können, früh zu erkennen. Im Derivatebereich haben wir die Risikokontrolle durch tägliche Margenlisten genau im Griff.

Es erfolgt eine regelmäßige und genaue Risikokontrolle u.a. durch die tägliche Vorlage sämtlicher Margenlisten von den Banken. Auf Grund der Marktrisiken

sowie aus Gründen einer konservativen Anlagestrategie haben wir keine längerfristigen Transaktionen vorgenommen. Zum Jahresultimo hatten wir keine Optionsrisiken.

Die wesentlichen Risiken bei unseren Immobilien sind die Marktentwicklungen in Deutschland. Mietausfälle und Leerstände sind als Risiko zu nennen.

Wir haben ein strenges Mahnwesen eingerichtet, wenn Mieten nicht pünktlich gezahlt werden und pflegen den Kontakt mit unseren Mietern.

Bei Aktien- und Beteiligungsengagements sind wir von der Marktentwicklung abhängig. Zur Risikobegrenzung verfolgen wir das Marktgeschehen intensiv und limitieren das Risiko durch Stopp-loss-Ordererteilung.

Die zukünftigen Chancen unserer Gesellschaft sind in höheren Mietüberschüssen zu sehen. Das erworbene Lager- und Geschäftsgrundstück in Mönchengladbach wird unsere Mieterträge insgesamt steigern und zu einer besseren Ertragsstabilität führen.

Angaben nach § 289 Abs. 2 Nr. 5 und Abs. 4 HGB

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital zum 31. Dezember 2007 beträgt € 1.228.708,38 und setzt sich aus 289.000 Stamm-Stückaktien und 51.000 Vorzugs-Stückaktien zusammen. Jeweils eine Aktie gewährt einen rechnerischen Anteil in Höhe von ca. € 3,61 am Grundkapital.

Die Ausstattung der Stamm-Stückaktien mit Rechten und Pflichten richtet sich nach dem Aktiengesetz. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

Die Ausstattung der Vorzugs-Stückaktien richtet sich nach dem Aktiengesetz sowie § 4 letzter Absatz und § 18 der Satzung. Die Vorzugs-Stückaktien sind gemäß § 140 Abs. 2 AktG stimmberechtigt und die Vorzugs-Stückaktien sind bei der Berechnung einer nach Gesetz oder Satzung erforderlichen Kapitalmehrheit zu berücksichtigen.

Arbeitnehmer der Gesellschaft sind nicht derart am Kapital beteiligt, dass eine nicht unmittelbare Ausübung der Kontrollrechte durch die Arbeitnehmer stattfindet. Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, liegen nicht vor oder sind, soweit sie sich aus Vereinbarungen der Aktionäre ergeben können, dem Vorstand nicht bekannt.

Beteiligungsverhältnisse

Dem Vorstand sind zwei Beteiligungen am Grundkapital bekannt, die jeweils 10 % der Stimmrechte überschreiten. Aufgrund der vorliegenden Mitteilungen nach § 21 WpHG standen Herrn Paul Loch, Mönchengladbach, 20,58 % der Stimmrechte und Herrn Bernd Günther 17,25 % der Stimmrechte zu, wovon ihm 7,46 % nach § 22 Abs.2 Nr.1 WpHG zuzurechnen waren. Die Otto M. Schröder Bank AG hält 7,04 % der Stimmrechte an unserer Gesellschaft.

Bestehende Ermächtigungen für Kapitalbeschlüsse

Der Vorstand ist gemäß Satzung dazu ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital bis zum 30. August 2010 um bis zu € 600.000,00 durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe von auf den Inhaber lautender Stamm-Stückaktien ohne Nennwert gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen und mit Zustimmung des Aufsichtsrats über die Bedingungen der Aktiengabe zu entscheiden (Genehmigtes Kapital 2005). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht zu gewähren. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen.

Darüber hinaus wird der Vorstand ermächtigt, bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats auszuschließen, soweit der Nennbetrag der neuen Aktien weder 10 % des im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ermächtigung bestehenden noch 10 % des im Zeitpunkt der Ausgabe der neuen Aktien bestehenden Grundkapitals übersteigt und der Ausgabe- betrag der neuen Aktien den Börsenpreis nicht wesentlich im Sinne des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unterschreitet.

Der Vorstand wird ferner ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats auszuschließen, sofern die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen oder von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt oder soweit der Ausschluss des Bezugsrechts erforderlich ist, um den Inhabern der von der Gesellschaft noch zu begebenden Wandelschuldverschreibungen oder -darlehen oder Optionsscheinen ein Bezugsrecht in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- bzw. Wandelrechts oder nach Erfüllung der Wandlungspflicht zustehen würde.

Eine Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien besteht nicht.

Satzungsänderungen

Die Änderung der Satzung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG) und wird mit Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Abs. 3 AktG). Der Aufsichtsrat ist gemäß § 4 Abs. 8 der Satzung ermächtigt, die Fassung der Satzung nach Durchführung einer Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital zu ändern.

Leitung und Kontrolle

Die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern erfolgt gemäß §§ 84, 85 AktG.

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsmäßigen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung – es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Die Vergütung des Vorstandes umfasst lediglich eine Festvergütung, die in ihrer Höhe an die Größe und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft angepasst wird. Die Vergütung des Aufsichtsrates ist in § 11 der Satzung geregelt. Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten außer dem Ersatz ihrer Auslagen eine feste jährliche Vergütung in Höhe von jeweils € 2.556,46.

Zusätzliche Angaben

Es existiert nach Kenntnis des Vorstands keine Vereinbarung der HGL AG, die im Falle einer wesentlichen Veränderung der Gesellschafterstruktur ein außerordentliches Kündigungsrecht vorsieht.

Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft, die für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern getroffen sind, bestehen nicht.

Ausblick und zukünftige Entwicklung

Für das Geschäftsjahr 2008 erwarten wir ein positives Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Trotz steigender Grundstücksaufwendungen rechnen wir damit, den noch aus früheren Jahren verbliebenen Bilanzverlust von € 166.528,05 voll zu tilgen und darüber hinaus noch einen kleinen Betrag für die Kapitalrücklage zu erwirtschaften. Für das Geschäftsjahr 2009 rechnen wir ebenfalls mit einem positiven Ergebnis.

Die notwendige Stärkung der Eigenmittel wird für die nächsten beiden Geschäftsjahre voraussichtlich noch keine Dividendenzahlung ermöglichen.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die wesentlichen Einfluss auf die Ertrags- Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft haben, sind nicht eingetreten.

Erklärung des Vorstands

Bilanzeid

Ich versichere nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungs-

legungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Hamburg, im April 2008

DER VORSTAND

Bernd Günther

Corporate-Governance-Bericht

Nach § 161 AktG haben Vorstand und Aufsichtsrat einer börsennotierten Aktiengesellschaft jährlich zu erklären, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der

„Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ entsprochen wurde und welche Empfehlungen nicht angewandt wurden oder werden.

Vorstand und Aufsichtsrat begrüßen die Empfehlungen des Kodex. Allerdings sind zahlreiche Empfehlungen auf große börsennotierte Gesellschaften zugeschnitten und passen aus verschiedenen Gründen zu einer kleinen Gesellschaft wie unserer nicht.

Wir haben auf der Internetseite unserer Gesellschaft die jeweils aktuelle Fassung der Entsprechenserklärung veröffentlicht und darauf hingewiesen, dass allen Aktionären auch die Fassungen der vorhergehenden Jahre auf Anforderung zur Verfügung stehen.

Die aktuelle Entsprechenserklärung vom 27. Dezember 2007 ist in der nachstehenden Fassung veröffentlicht:

Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG - 2007

Die Hamburger Getreide-Lagerhaus AG entspricht den Verhaltensempfehlungen der „Regierungskommission Corporate Governance Kodex“ in seiner Fassung vom 14. Juni 2007 mit den folgenden Ausnahmen:

In Zukunft wird die Hamburger Getreide-Lagerhaus AG den Verhaltensempfehlungen der „Regierungskommission Corporate Governance Kodex“, in seiner Fassung vom 14. Juni 2007 mit den folgenden Ausnahmen entsprechen:

- Die vom Gesetz für die Hauptversammlung verlangten Berichte und Unterlagen einschließlich des Geschäftsberichtes werden zur Einsichtnahme ausgelegt und auf Wunsch den Aktionären zugesandt. Auf der Internet-Seite wird abweichend von Ziff. 2.3.1 nur die Einladung zur Hauptversammlung den Aktionären bekannt gegeben.
 - Die Bestellung eines Vertreters für die weisungsgebundene Ausübung des Stimmrechts durch die Gesellschaft ist abweichend von Ziff. 2.3.3. nicht vorgesehen.
 - Der Aufsichtsrat hat die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands in Abweichung von Ziff. 3.4 Absatz 3 nicht förmlich festgelegt.
 - Die Gesellschaft veröffentlicht entgegen Ziff. 3.10 nur die aktuelle Entsprechenserklärung auf der Internetseite. Auf Verlangen werden die Vorjahresversionen zugesandt.
-
- Die Bestellung eines 2. Vorstandes entsprechend Ziff. 4.2.1. ist nicht vorgesehen und auf Grund der Größe des Unternehmens ist die Vertretung durch nur einen Vorstand angemessen.
 - Der Vorstand erhält abweichend von Ziff. 4.2.3. eine fixe Vergütung. Eine Bekanntmachung auf der Internet-Seite, eine Erläuterung des Vergütungssystems im Geschäftsbericht sowie eine Information der Hauptversammlung über das Vergütungssystem nach Ziff. 4.2.3. entfallen daher. Die Höhe der Vergütung für den Vorstand wird im Geschäftsbericht ausgewiesen.

- Altersgrenzen für den Vorstand und für die Mitglieder des Aufsichtsrats bestehen abweichend von Ziff. 5.1.2 und 5.4.1 nicht. Die Festlegung einer Altersgrenze als Ausschlusskriterium ist nicht vorgesehen.
- Eine langfristige Nachfolgeplanung für den Vorstand besteht gegenwärtig entgegen Ziff. 5.1.2 noch nicht. Bei Besserung der Geschäftslage der Gesellschaft ist jedoch geplant, einen zweiten Vorstand zu bestellen.
- Der Aufsichtsrat hat abweichend von Ziff. 5.3.2 keine Ausschüsse, insbesondere keinen Prüfungsausschuss, gebildet. Die im Corporate Governance Kodex der Regierungskommission vorgeschlagenen Themenschwerpunkte für einen Prüfungsausschuss werden im Aufsichtsrat behandelt.
- Ziff. 5.3.3. Die Bildung eines Nominierungsausschusses, der ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt ist und dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt, ist bei der Größe der Gesellschaft nicht erforderlich
- Entgegen Ziff. 5.4.3. des Kodex werden Wahlen zum Aufsichtsrat auch weiterhin als Blockwahl durchgeführt werden.
- Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder ist in der Satzung geregelt. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten abweichend von Ziff 5.4.7 eine feste Vergütung in gleicher Höhe. Ein individualisierter Ausweis ist daher nicht erforderlich.
- Die Offenlegung der Geschäfte von Organmitgliedern in Aktien der Gesellschaft und der Aktienbesitz der Organmitglieder werden gemäß den gesetzlichen Regelungen des § 15 a WpHG vorgenommen. Eine darüber hinausgehende Offenlegung ist abweichend von Ziff. 6.6 nicht vorgesehen und wird von der Gesellschaft bisher nicht für notwendig erachtet.
- Ein Finanzkalender wird entgegen Ziff. 6.7 gegenwärtig von der Gesellschaft nicht erstellt. Dieses ist aus Sicht der Gesellschaft auf Grund der Größe und aus Kostengründen auch nicht notwendig. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit veröffentlichen wir rechtzeitig die Termine unserer Hauptversammlung und informieren unsere Aktionäre über die Geschäftsentwicklung auf der Internetseite der Gesellschaft.
- Die Gesellschaft wird vorerst entgegen Ziff. 6.8. nicht alle Veröffentlichungen auf ihrer Internetseite im Volltext veröffentlichen sondern nur auf die Veröffentlichung verweisen.
- Die mit der Aufstellung eines Konzernabschlusses verbundenen Empfehlungen nach Ziff. 7.1 entfallen für unsere Gesellschaft, da diese keinen Konzernabschluss aufstellt.
- Die Gesellschaft veröffentlicht abweichend von Ziff. 7.1.4 keine Liste von Drittunternehmen, an denen sie eine Beteiligung von nicht untergeordneter Bedeutung hält. Relevante Entwicklungen bei Beteiligungen an einem anderen Unternehmen werden aber in der Hauptversammlung angesprochen und Fragen der

Aktionäre dort beantwortet.

Erläuterungen zur Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat sind im Anhang enthalten.

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat sich im Berichtsjahr 2007 intensiv mit der Lage der Gesellschaft beschäftigt und dabei seine Aufgaben und Pflichten nach Gesetz und Satzung wahrgenommen.

Es wurden insgesamt vier Aufsichtsratssitzungen abgehalten und mehrere Telefonkonferenzen geführt.

In der ersten Sitzung war Schwerpunkt der Diskussionen die Wertpapierbestände unter besonderer Berücksichtigung der H&R WASAG AG. Außerdem wurde über den vollzogenen Grundstückskauf in Mönchengladbach diskutiert.

In der Sitzung vom 01.07.07 wurde die Bilanz 2006 festgestellt. Mit der anwesenden Wirtschaftsprüferin, Frau Martina Bischoff der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Susat & Partner OHG, wurden Einzelfragen der Bilanzierung diskutiert. Der Vorstand erläuterte die besonders hohen Erträge aus Wertpapierverkäufen. Die Bilanz wurde einstimmig festgestellt.

In der konstituierenden Sitzung im Anschluss an die Hauptversammlung wurde Herr Dr. Horst Reuter einstimmig zum Vorsitzenden gewählt und Herr Hanns Günther zu seinem Stellvertreter.

Die letzte Sitzung des Berichtsjahres hatte die Subprimekrise und deren indirekte Auswirkungen auf die Gesellschaft zum Gegenstand.

Der Aufsichtsrat legte dem Vorstand dringend nahe, ganz besondere Vorsicht in Aktien- und Derivategeschäften walten zu lassen. Das Corporate Governance Thema wurde besprochen und festgestellt, dass kleinere Aktiengesellschaften generell nur bedingt allen Anforderungen des Corporate Governance Index gerecht werden, resultierend schon allein aus Kostengründen. Die neue Entsprechenserklärung ist auf der Internetseite der Gesellschaft veröffentlicht.

Der Jahresabschluss 2007 sowie der Lagebericht sind von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Susat & Partner OHG, Hamburg, geprüft worden. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt und der Jahresabschluss wurde mit den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Vor Billigung des Jahresabschlusses hat der Vorstand dem Aufsichtsrat die Lage der Gesellschaft dargestellt, und die mittelfristige Planung erläutert. Der Prüfungsbericht wurde vom Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen. Dem Ergebnis der Abschlussprüfung schließt sich der Aufsichtsrat nach einer ausführlichen Diskussion mit der Wirtschaftsprüferin an.

Der Aufsichtsrat stimmt in seiner Sitzung vom 26.04.08 dem vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und dem Lagebericht nach Prüfung zu. Der Jahresabschluss 2007 ist damit festgestellt.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und den Mitarbeiterinnen für die geleistete Arbeit.

Hamburg, im April 2008

DER AUFSICHTSRAT

Dr. Horst Reuter
-Vorsitzender -

Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg
Bilanz zum 31. Dezember 2007

A k t i v a

	Stand am 31.12.2007	Stand am 31.12.2006
€	€	T€
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.850.998,93	998
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>182,51</u>	0
	4.851.181,44	<u>998</u>
II. Finanzanlagen		
Beteiligungen	0,51	0
	<u>4.851.181,95</u>	<u>998</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	704.073,69	0
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>41.458,55</u>	307
	745.532,24	<u>307</u>
II. Wertpapiere		
Sonstige Wertpapiere	742.784,02	571
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	<u>247.387,13</u>	653
	<u>1.735.703,39</u>	<u>1.531</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	953,91	1
	<u>6.587.839,25</u>	<u>2.530</u>

P a s s i v a

	Stand am 31.12.2007	Stand am 31.12.2006
€	€	T€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	1.228.708,38	1.229
- davon Stammaktien: € 1.044.402,12 (Vorjahr: T€ 1.044) -		
- davon Vorzugsaktien ohne Stimmrecht gemäß § 139 AktG: i 184.306,26 (Vorjahr: T€ 184) -		
II. Kapitalrücklage	603.081,23	603
III. Bilanzverlust	<u>-166.528,05</u>	<u>-365</u>
	1.665.261,56	<u>1.467</u>
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	234.517,00	253
2. Sonstige Rückstellungen	<u>116.729,40</u>	130
	351.246,40	<u>383</u>
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.176.903,93	641
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 1.137.211,81 (Vorjahr: T€ 81) -		
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren: € 2.359.113,86 (Vorjahr: T€ 237) -		
- davon durch Grundpfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert: i 4.176.225,20 (Vorjahr: T€ 640) -		
2. Sonstige Verbindlichkeiten	377.559,11	38
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 377.559,11 (Vorjahr: T€ 37) -		
- davon aus Steuern: € 1.786,83 (Vorjahr: T€ 4) -		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 111,05 (Vorjahr: T€ 0) -		
	<u>4.554.463,04</u>	<u>679</u>
D. Rechnungsabgrenzungsposten	16.868,25	1
	<u>6.587.839,25</u>	<u>2.530</u>

Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007

	2007	2006
€	€	T€
1. Sonstige betriebliche Erträge	1.447.633,12	1.107
2. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-122.964,17	-143
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-45.168,17	-49
- davon für Altersversorgung € 30.003,73 (Vorjahr: T€ 30) -	-168.132,34	
3. Abschreibungen auf Sachanlagen	-48.254,53	-19
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-395.290,82	-293
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	29.410,06	40
6. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-431.493,07	-15
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-235.359,03	-51
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	198.513,39	577
9. Sonstige Steuern	-474,40	0
10. Jahresüberschuss	198.038,99	577
11. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-364.567,04	-942
12. Bilanzverlust	-166.528,05	-365

Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg

Anhang für das Geschäftsjahr 2007

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wird nach den handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex ist im Dezember 2007 abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht worden.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gliederung der Bilanz erfolgte gemäß § 266 HGB und § 152 AktG.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach § 275 HGB und § 158 AktG unter Anwendung des Gesamtkostenverfahrens gegliedert.

Kerngeschäft der Gesellschaft ist der Handel von eigenen Wertpapieren, Optionsgeschäften, das Halten von Beteiligungen sowie die Vermietung und Verpachtung von Immobilien. Erträge und Aufwendungen aus dem Kerngeschäft werden unsaldiert unter den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen ausgewiesen. Eine Ausweisanpassung (Umsatzerlöse/Materialaufwand) erfolgt bei Eintragung der Änderung des Unternehmensgegenstandes in das Handelsregister.

2. Bewertungsgrundsätze

Die Gegenstände des Anlagevermögens sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt worden.

Die Abschreibungen auf die abnutzbaren Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens werden linear entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer vorgenommen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben (§ 6 (2) EStG).

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert oder mit dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Rückstellungen werden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt.

Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2007

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen				Restbuchwerte	
	Stand am 1.1.2007	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.2007	Stand am 1.1.2007	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.2007	Stand am 31.12.2007	Stand am 31.12.2006
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
I. Sachanlagen										
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.175.646,80	3.968.085,35	66.533,22	5.077.198,93	178.130,47	48.069,53	0,00	226.200,00	4.850.998,93	997.516,33
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.763,85	0,00	0,00	15.763,85	15.396,34	185,00	0,00	15.581,34	182,51	367,51
	1.191.410,65	3.968.085,35	66.533,22	5.092.962,78	193.526,81	48.254,53	0,00	241.781,34	4.851.181,44	997.883,84
II. Finanzanlagen										
Beteiligungen	1.620.670,73	0,00	259.611,75	1.361.058,98	1.620.669,71	0,00	259.611,24	1.361.058,47	0,51	1,02
	2.812.081,38	3.968.085,35	326.144,97	6.454.021,76	1.814.196,52	48.254,53	259.611,24	1.602.839,81	4.851.181,95	997.884,86

III. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens (Anlagenspiegel) wird auf Seite ... dieser Anlage dargestellt. / wird am Ende dieses Berichtes dargestellt /

2. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände

Die ausgewiesenen Forderungen haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr. Gegenüber dem Finanzamt bestehen Forderungen in Höhe von T€ 15.

3. Eigenkapital

Vorliegende Mitteilungen nach §§ 21, 22 WpHG:

	Datum Mitteilung	Über- schrittene Schwelle	Datum Überschrei- tung	Gesamt	Zuzu- rechnen
Paul Loch	25.1.2005	5,10 %	7.1.2005	20,58 %	
Bernd Günther	25.1.2005	5,10 %	7.1.2005	17,25 %	7,46 %
Wicking'sche Versicherungs- Vermittlung GmbH	25.1.2005	5,0 %	7.1.2005	7,46 %	
Otto M. Schröder Bank AG	17.12.2004	5,0 %	19.11.200 4	7,04 %	

Das Grundkapital beträgt € 1.228.708,38 und setzt sich wie folgt zusammen:

	Stück	€
Stammaktien	289.000	1.044.402,12
Vorzugsaktien	51.000	184.306,26
	<u>340.000</u>	<u>1.228.708,38</u>

Die Hauptversammlung vom 31. August 2005 hat unter anderem die Ergänzung der Satzung in § 4 um einen neuen Absatz 4 (Genehmigtes Kapital) beschlossen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital bis zum 30. August 2010 um bis zu € 600.000,00 durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe von auf den Inhaber lautender Stückaktien ohne Nennwert gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2005).

4. Rückstellung für Pensionen und andere Verpflichtungen

Die Pensionsrückstellungen werden unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze auf Grundlage der Heubeck-Tafeln 2005 G nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG mit einem Rechnungszinsfuß von 6 % ermittelt.

5. Sonstige Rückstellungen

Der ausgewiesene Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

	€
Vorstandsbezüge aus Vorjahren	82.710,05
Jahresabschlusskosten	25.600,00
Aufsichtsratsvergütung	7.669,35
Berufsgenossenschaft	750,00
	<u>116.729,40</u>

6. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten belaufen sich per 31. Dezember 2007 auf € 4.176.903,93, davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 1.137.211,81.

Der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren beläuft sich auf € 2.359.113,86. Als Sicherheiten hierzu bestehen Grundschulden.

7. Pfandrechte

Zur Besicherung der Verbindlichkeiten bei der HSH Nordbank AG ist ein Wertpapierdepot verpfändet. Ferner erfolgte eine Sicherungsabtretung der Rechte und Ansprüche aus Miet- und Pachtverträgen des Beleihungsobjekts.

Die bei der Hamburger Bank von 1861 Volksbank eG gehaltenen Wertpapiere dienen als Sicherheit für Eurex-Geschäfte.

Zur Sicherung der Darlehen bei der Westdeutschen Immobilienbank AG sind sämtliche gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche aus der Vermietung und Verpachtung des Beleihungsobjektes abgetreten.

Schließlich bestehen Grundpfandrechte für Bankverbindlichkeiten in Höhe von € 4.176.225,20.

8. Haftungsverhältnisse

Es bestehen selbstschuldnerische Bürgschaften gegenüber der Otto M. Schröder Bank in Höhe von € 227.000,00 zugunsten Dritter.

IV. Sonstige Angaben

1. Im Jahresdurchschnitt wurden zwei Vollzeitkräfte und zwei Teilzeitkräfte beschäftigt.

2. Vorstand

Bernd Günther, Hamburg, Kaufmann

Weitere Tätigkeiten und Funktionen

Vorsitzender des Aufsichtsrates bei:

H&R WASAG AG
Maschinenfabrik Heid AG
New York Hamburger Gummi Waren Compagnie AG
Ravensberger Bau-Beteiligungen AG i.L.
MATERNUS-Kliniken AG (seit 27. August 2007)

Mitglied des Aufsichtsrats bei:

REAL AG
Kremlin AG
Göttinger Brauhaus AG (bis 12. Juli 2007)

3. Aufsichtsrat

Dr. Horst Reuter (Vorsitzender), Hamburg, Rechtsanwalt/Steuerberater

Hanns Günther Frankfurt, Kaufmann

Michael von Busse Hamburg, Bankkaufmann

Weitere Tätigkeiten und Funktionen

Mitglied des Aufsichtsrates bei:

Osnabrücker Anlagen- und Beteiligungs-AG i.L.
Menzel Vermögensverwaltung AG
Kremlin AG
Bankverein Werther AG
(seit 14. September 2007)

Vorstand bei:

Schnigge Wertpapierhandelsbank AG
(vormals: DKM Wertpapierhandelsbank AG)

4. Die Bezüge des Aufsichtsrates haben € 7.669,35 betragen. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste jährliche Vergütung von jeweils € 2.556,46.
5. Der Vorstand erhält ausschließlich erfolgsunabhängige Bezüge, die im Geschäftsjahr € 62.400,00 betragen.
6. Die Gesellschaft hat dem Vorstand, Herrn Bernd Günther, ein Darlehen gewährt, das sich am 16. Februar 2007 zzgl. aufgelaufener Zinsen (6 % p.a.) auf € 273.478,44 belief. Sicherheiten wurden nicht bestellt. Das Darlehen wurde am 16. Februar 2007 vollständig zurückgezahlt.
7. Die Bezüge an frühere Organmitglieder betragen € 18.406,51. Ferner sind für Rentenbezüge früherer Organmitglieder € 177.881,00 zurückgestellt.
8. Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer in Höhe von € 11.900,00 betrifft ausschließlich Prüfungskosten.
9. Die Gesellschaft ist am Grundkapital der N.V. Beheer v/h Philips Tabak, s` Hertogenbosch/Niederlande, mit HFL 3.000.000,00 (bzw. rd. 49,0 %) beteiligt. Das Eigenkapital betrug am 31.12.2006: € -3.644.851 (31.12.2005: € -3.707.762). Darin ist mit € 62.911 ein Jahresüberschuss (2005: € -27.726) enthalten.

Hamburg, im April 2008

Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft

Der Vorstand

(Bernd Günther)

Wir erteilen nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 sowie dem Lagebericht der Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg, den folgenden

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 29. April 2008

Susat & Partner oHG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Roser
Wirtschaftsprüfer

Bischoff
Wirtschaftsprüferin